

Ein Problem, das bei den amerikanisch-taiwanesischen Gesprächen behandelt wurde, betraf den juristischen Aspekt. In der Vergangenheit sind Copyright-Piraten kaum bestraft worden. Die USA halten denn auch das neue Copyright-Gesetz in Taiwan für wenig effektiv, da der gesetzlich geregelte Strafkatalog nicht sonderlich abschreckend wirkt. Das jetzige Abkommen sieht einen Zeitrahmen zur Verschärfung des Gesetzes und der darin genannten Strafen vor. Der für die Umsetzung der verschiedenen Maßnahmen ausgehandelte Zeitplan ist sehr strikt: So sollen z.B. ab dem 1.11.92 die Ausfuhren von Computer-Software und Videospiele kontrolliert werden, um Urheberrechtsverletzern auf die Spur zu kommen. Außerdem muß der Legislativ-Yuan (Parlament) bis zum 31.1.93 ein US-taiwanesisches Copyright-Abkommen billigen und ein Gesetz zum Kabelfernsehen verabschieden. Für den Fall der Nichteinhaltung dieses Zeitplans haben sich die USA Gegenmaßnahmen vorbehalten.

Auch die Veränderungen zum Urheberrechtsgesetz, welche der Legislativ-Yuan am 22.5. unter amerikanischem Druck in dritter Lesung verabschiedet hatte, sind in der Bush-Administration nicht auf ungeteilte Zustimmung gestoßen. Die Verfolgung von Urheberrechtsverletzungen sei schwerer geworden, hieß es aus Washington. Demgegenüber stellen taiwanesishe Veröffentlichungen vor allem den strafverschärfenden Charakter des revidierten Gesetzes heraus.

Nach den neuen Regelungen wird die unautorisierte Vervielfältigung eines Werkes, die zum Zwecke des Verkaufs oder des Verleihs erfolgte, mit einer Freiheitsstrafe zwischen sechs Monaten und fünf (bisher höchstens drei) Jahren und einer Geldstrafe von maximal 300.000 Neuen Taiwan-Dollar (NT\$: rd. 20.000 DM) belegt. Wiederholungstäter erhalten Freiheitsstrafen zwischen einem und sieben Jahren (bisher sechs Monate bis fünf Jahre) und Geldstrafen bis zu 450.000 NT\$.

Das Gesetz enthält in seiner Neufassung ferner Verbesserungen des Urheberrechtsschutzes für Ausländer in Taiwan. Dieser Schutz wird automatisch gewährt, wenn ein Werk entweder zuerst in Taiwan oder hier innerhalb von 30 Tagen nach seiner Publikation im Ausland veröffentlicht wurde.

Übersetzungen durch einheimische Verlage bedürfen der Genehmigung des Autors. Eine Erlaubnis durch Filmverleiher benötigen die Betreiber von Kabelfernsehstationen und MTV-Einrichtungen (Movie on TV). Die zeitliche Dauer des Rechtsschutzes wird bei natürlichen Personen auf 50 (bisher 30) Jahre nach ihrem Tod erweitert. Für juristische Personen gelten ebenfalls 50 Jahre nach Veröffentlichung eines Werks. Verletzungen des Copyrights bei Computer-Software sollen in Zukunft besondere Beachtung finden. Verboten ist dann z.B. das illegale Kopieren von Programmen.

Inwieweit das neue Gesetz dazu beiträgt, das Image Taiwans als "Kopierweltmeister" abzubauen, bleibt allerdings abzuwarten. Eines der großen Probleme ist allgemein das Auseinanderklaffen zwischen vorhandenen gesetzlichen Regelungen und ihrer Umsetzung. (HB, 12./13.6.92; NfA, 16.6.92; vgl. FCJ, 12. u. 16.6.92) -ni-

*(36)

Marktöffnung für Versicherungen

In einer überraschenden Kehrtwendung hat die taiwanesishe Regierung beschlossen, den Versicherungsmarkt des Landes doch ausländischen Gesellschaften zu öffnen. Die vom Finanzministerium (MoF) vorgelegten Zulassungskriterien wurden um einen entsprechenden Passus ergänzt.

Dem jetzt vom Kabinett gebilligten Katalog zufolge darf ein ausländisches Unternehmen in jeweils eine neu gegründete taiwanesishe Versicherungsgesellschaft investieren. Die Höhe des Anteils am eingezahlten Kapital wird dabei auf 30% beschränkt. Zudem sollen die ausländischen Investitionen 49% des Gesamtkapitals aller neuen Versicherungsfirmen in Taiwan nicht überschreiten.

Ausländische Unternehmen bekunden schon seit längerem Interesse am taiwanesischen Versicherungsmarkt. Bisher sind vor allem US-amerikanische Gesellschaften auf der Insel vertreten. Sie durften bislang im Gegensatz zu Firmen aus anderen Staaten als einzige Zweigstellen eröffnen. Stark vertreten sind auch Gesellschaften aus Japan. (NfA, 18.5. u. 2.6.92) -ni-

Hongkong und Macau

*(37)

Neue Auseinandersetzungen zwischen London und Beijing über die Hongkong-Frage

Über Hongkong, das gemäß der sino-britischen Vereinbarung von 1984 in fünf Jahren an China zurückgegeben wird, gibt es erneut Auseinandersetzungen zwischen den Regierungen in London und Beijing. Ende Mai hatte der neue Staatsminister des britischen Außenministeriums, Alastair Goodlad, der für die Angelegenheiten Hongkongs zuständig ist, bei seinem Besuch in der Kolonie den liberalen Mitgliedern des Legislativrats von Hongkong versprochen, mit der chinesischen Führung darüber zu diskutieren, die Anzahl derjenigen Sitze im Legislativrat anzuheben, die von den Bürgern direkt gewählt werden. (DGB, 30.5.92) Zur Zeit werden 18 der insgesamt 60 Sitze des Hauses direkt gewählt. Man hofft, daß noch vor der Wende 1997 der Anteil der direkt gewählten Sitze auf 30 angehoben wird. Doch die chinesische Regierung will im Hinblick auf die politische Stabilität nur eine langsame Demokratisierung in Hongkong haben. Da der Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses in Beijing am 4. April 1990 eine Quote von 20 Mandaten für den ersten Legislativrat nach der Übernahme Hongkongs beschlossen hat, verlangt die chinesische Seite, diese Grenze bei den letzten parlamentarischen Wahlen 1995 unter der britischen Kolonialregierung auch nicht zu überschreiten. Gemäß dem ebenfalls von dem Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses am 4. April 1990 verabschiedeten Grundgesetz für Hongkong als künftige Sonderverwaltungszone der VR China soll die Zahl der direkt gewählten Mitglieder des Legislativrats 1999 auf 24 und erst im Jahre 2003 auf 30 erhöht werden. (Zum Text des Grundgesetzes in Englisch s. C.a. April 1990, S.293 ff.)

Unmittelbar nach der o.g. Äußerung von Goodlad erklärte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums am 30. Mai, daß die Zusammensetzung des Legislativrats der Sonderverwaltungszone Hongkong bereits im Grundgesetz präzise geregelt sei und sich vor

dem Inkrafttreten am 1. Juli 1997 nicht ändern lasse. Eine Diskussion darüber schloß er aus. (XNA, 31.5.92; DGB, 1.6.92; SWB, 5.6.92) Am 18. Juni nahm der chinesische Chefdelegierte in der Sino-britischen Gemeinsamen Liaison-Gruppe (für die Vorbereitung der Übergabe von Hongkong), Guo Fengmin, dazu nochmals Stellung. Er sagte, daß sich die Wahlen zum Legislativrat 1995 mit den Vorschriften des Grundgesetzes verbinden sollten. Um damit eine "Durchfahrt" des Legislativrats 1997 zu gewähren, müßten die chinesische und die britische Seite gemeinsam über die Frage der Wahlen 1995 diskutieren und eine Lösung finden. Darüber hinaus sagte er, es seien Konsultationen zwischen China und Großbritannien erforderlich, falls es in Hongkong während der Übergangsperiode wichtige Veränderungen gebe, zumal Veränderungen der Regierungskonstruktion sowie des -vermögens. Andererseits betonte er, eine Grundgesetzänderung vor 1997 komme überhaupt nicht in Frage. Auf die Frage über die mögliche Ernennung von Mitgliedern der liberalen Gruppierung UDHK (Union of Democrats in Hong Kong), die eine Beschleunigung der Demokratisierung in Hongkong befürwortet und bei den ersten direkten Wahlen zum Legislativrat im vergangenen Jahr die meisten Sitze errang, zum Mitglied des Exekutivrats (Kabinetts) durch den neuen Gouverneur Chris Patten antwortete Guo unverblümt, die chinesische Regierung sei gegen den Eintritt derjenigen Leute in den Exekutivrat, die gegen das Grundgesetz seien und den Sturz der legitimen chinesischen Regierung offen befürwortet hätten, was nicht im Interesse der Stabilität Hongkongs sei. (SCMP, 19.6.92; DGB, 20.6.92; SWB, 22.6.92)

Guos Äußerungen wurden von den Briten als Einmischung in die Personalpolitik der Kolonialregierung von Hongkong aufgefaßt. In der Nacht zum 19. Juni zitierte daraufhin Staatsminister Alastair Goodlad den chinesischen Botschafter in London, Ma Yuzhen, zum britischen Außenministerium und übergab ihm einen scharfen Protest. Der Minister bezeichnete die Meinung von Guo als unakzeptierbar, weil die Liaison-Gruppe mit der Regierung von Hongkong nicht zu tun habe. (SCMP, 21.6.92) Auch die Hongkonger Regierung wies Guos Stellungnahme zurück

mit dem Argument, daß die Ernennung von Mitgliedern des Exekutivrats in der Kompetenz des Gouverneurs liege. (FT, 19.6.92) Hingegen befand das chinesische Außenministerium die Haltung Guos als berechtigt. Sein Sprecher sagte am 24. Juni, der chinesische Chefdelegierte in der Sino-britischen Gemeinsamen Liaison-Gruppe habe gemäß der sino-britischen Vereinbarung von 1984 das Recht und die Pflicht, während der Übergangszeit zu den Fragen bezüglich einer reibungslosen Übergabe der Regierung von Hongkong Stellung zu nehmen. (DGB, 26.6.92)

Neue Diskrepanzen zwischen beiden Seiten gibt es auch wieder in der Frage des Bauprojekts eines neuen internationalen Flughafens in Hongkong. Anfang April d.J. hatte die Hongkonger Regierung die erst im Juli des vergangenen Jahres nach oben korrigierte Kostenveranschlagung für die zehn Schlüsselprojekte weiter um 13,8% erhöht, und zwar von 98,6 Mrd. HK\$ (7,8 HK\$ = 1 US\$) auf 112,2 Mrd. HK\$ (zu Preisen vom März 1991). Sie schließt eine "eventuelle" Hinterlassung von Schulden bei der Übergabe Hongkongs nicht aus. (DGB, 4.4.92) Dies bedeutet eine mögliche zusätzliche Schuldenlast von bis zu 12,9 Mrd. HK\$ für Hongkong nach der Wende 1997. Nach dem zwischen London und Beijing am 3. September des vergangenen Jahres unterzeichneten "Memorandum" über den Flughafenbau sollen die Briten beim Verlassen von Hongkong in der Regierungskasse Reserven von mindestens 25 Mrd. HK\$ und Schulden nicht über 5 Mrd. HK\$ hinterlassen. Kredite über diese Grenze hinaus darf die Kolonialregierung nur mit Beijings Zustimmung aufnehmen. (Dazu s. C.a. Juli 1991, S.466 f. und Sept 1991, S.593 f.) Beide Seiten müssen über die Kostenfrage neu verhandeln.

Neben der wiederholten Erhöhung der Kostenveranschlagung ärgert die Chinesen wie viele Unternehmer anderer Nationen auch, daß die Hongkonger Regierung bei der Vergabe von Aufträgen des Flughafenbaus bislang offenbar britische Firmen bevorzugt hat. Bis Mitte Mai haben die britischen Firmen 25 der 37 erteilten Beratungsaufträge bekommen. (DGB, 14.5.92)

Besonders heftige Diskussionen löste aus, daß der Großauftrag von 7,144 Mrd. HK\$ zum Bau einer spektakulären 1.377 m langen Hängebrücke zwischen den Inseln Tsing Yi (Qingyi) und Ma Wan an ein Konsortium des britischen Unternehmens Trafalgar House PLC und des japanischen Mitsui & Co. gegangen ist, obwohl die südkoreanische Hyundai Engineering and Construction Ltd., zu deren wichtigsten Subunternehmern eine chinesische Baufirma gehört, ein weit niedrigeres Angebot von nur 4,713 Mrd. HK\$ eingereicht hatte. Die Hongkonger Regierung erklärte dazu, daß sich die Finanzlage von Hyundai zwischen 1989 und 1991 infolge des Golfkriegs stark verschlechtert habe. (DGB, 9.5.92; HB, 8./9.5.92; FT, 6. u. 8.5.92; IHT, 7.5.92; SCMP, 8.5.92) -ni-

*(38)

Gründung einer neuen beijingfreundlichen Partei in Hongkong

Eine neue politische Organisation namens "Democratic Alliance for the Betterment of Hong Kong" (DABHK, auf Chinesisch *Minzhu Jiangang Lianmeng*), die die Hongkong-Politik Beijings eindeutig unterstützt, steht kurz vor der offiziellen Gründung. Am 19. Mai erklärte das Vorbereitungskomitee der DABHK auf einer Pressekonferenz, daß das Registrierungsverfahren der Organisation bei den Behörden erwartungsgemäß in zwei Monaten abgeschlossen werden könne. Die Zielsetzung der DABHK ist nach den Worten von Zeng Yucheng (Tsang Yok-sing), dem Sprecher des Vorbereitungskomitees, vor allem die chinesische Hongkong-Politik zu unterstützen und sich aktiv an den Wahlen in Zukunft zu beteiligen. (DGB, 21.5.92) Bei den ersten direkten Teilwahlen zum Legislativrat im September des vergangenen Jahres hatten die beijingfreundlichen Kandidaten ein totales Debakel erlitten, keiner von ihnen wurde gewählt. (Siehe dazu C.a., Sept. 1991, Ü 35, S.576)

Bislang gibt es in Hongkong noch keine Partei im engeren Sinne, sondern nur politische Gruppierungen. Für die Gründung der DABHK gibt es 52 Initiatoren, und das Vorbereitungskomitee besteht aus 18 Mitgliedern, darun-

ter sind drei Repräsentanten von zu Beijing gehörenden Unternehmen. Neben der Unterstützung durch finanzkräftige chinesische Unternehmen wie die Bank of China, China Resource Holdings u.a. in Hongkong stehen die XNA-Zweigstelle (politische Vertretung Beijings) und die von Beijing gesteuerte Federation of Trade Union mit 170.000 Mitgliedern hinter der DABHK. (AW, 5.6.92, S.36) Auch der Sprecher des Beijinger Außenministeriums hat am 21.Mai die angekündigte Gründung der neuen politischen Gruppierung begrüßt. (XNA, 22.5.92)

Beijing, das die britische Kolonie 1997 zurückerkämpft, war in der Vergangenheit stets gegen Parteigründungen in Hongkong mit der Begründung, die politische Stabilität wahren zu wollen. Offenbar infolge der großen Wahlniederlage im letzten Jahr will die chinesische Führung nun ihre Haltung zur Parteienentwicklung in Hongkong ändern.

Auf Einladung der chinesischen Regierung hat eine 20köpfige Delegation des Cooperative Resources Centre (CRC; chinesisch: *Qilian Ziyuan Zhongxin*) von Hongkong vom 14. bis 17.Juni Beijing besucht. Die CRC ist eine politisch konservative Organisation von großen Unternehmen, die die Wirtschaftsstabilität Hongkongs vor die Demokratisierung setzen und daher Beijings Hongkong-Politik nahesteht. Im Gespräch mit der CRC-Delegation am 17.Juni bemerkte der Generalsekretär der KPCh, Jiang Zemin, daß es zur Zeit in Hongkong zahlreiche Gruppierungen gebe. Er sagte: "Unsere Grundhaltung ist, alle diejenigen aktiv zu unterstützen, die der Stabilität und Prosperität von Hongkong Nutzen bringen, die Politik von 'einem Staat, zwei Systemen' und das 'Grundgesetz' (von Hongkong) unterstützen und eine reibungslose Übergabe der politischen Macht von Hongkong 1997 sowie einen friedlichen Übergang fördern." (DGB, 19.6.92; SCMP, 18.6.92) Die CRC pflegt den Umgang mit Beijing, um damit, so spekuliert man, die Regierungsverantwortung ab 1997 zu übernehmen. (*Jingbao*, Hongkong, Juni 1992, S.13) Ein großer Teil der vom Gouverneur ernannten Mitglieder des Legislativ- und Exekutivrats der gegenwärtigen Kolonialregierung gehört zu dieser Gruppierung. -ni-

Thomas Hoppe

Die chinesische Position in Ost-Turkestan/Xinjiang

Seit dem gescheiterten Moskauer Putsch im August 1991 und der Entstehung relativ unabhängiger Staaten in West-Turkestan, d.h. in Turkmenistan, Tadschikistan, Usbekistan, in Kirghistan und Kasachstan ist ein neues Kräftegleichgewicht in Zentralasien entstanden. Die Unabhängigkeitsbestrebungen der Turkvölker, Mongolen und anderen ethnischen Gruppen in Chinas unsicherer Nordwest-Region Xinjiang oder früher "Ost-Turkestan" erhalten durch diese Entwicklungen neuen Auftrieb. In den Reaktionen Beijings auf die neuentstandene Situation spiegeln sich einerseits die nicht unbegründete Verlustangst um das Territorium, andererseits die feste Entschlossenheit, gegen alle lokalen Widerstände das ressourcenreiche Grenzgebiet noch enger an die zentralen Provinzen zu binden und als industriell-agrarische Basis und Handelsplatz für den eurasischen Raum, seiner zentralen Lage entsprechend auszubauen.

Unruhiges Umland - das Mosaik der ethnischen Gruppen im Umland und in Xinjiang selbst - Möglichkeiten einer wechselseitigen Verstärkung ethnischer, anti-chinesischer Dissidenz

Die kurze Darstellung der demographischen Situation in Xinjiang selbst und seinem Umland illustriert die ethnische und kulturelle Vielfalt der Gesamtregion Zentralasiens (hier Xinjiangs und seines Umlands) und damit das Bestreben, wie es sich in den Unabhängigkeitsbewegungen Ausdruck verschafft, sich frei von Großmächteinflüssen in regionalen und ethnischen Kontexten zu entfalten. Die Selbstbestimmungsmöglichkeiten, die die Kirghisen jenseits der Grenze in Kirghistan gewonnen haben, wollen auch die

Kirghisen Xinjiangs für sich realisieren. Nach einer langen Periode der Fremdbestimmung beginnt ein Suchen nach der eigenen Identität und eigenen Geschichte. Man sucht nach einer nicht nur ethnisch bestimmten eigenen Geschichte, sondern auch nach der Geschichte des gemeinsamen "zentralasiatischen Hauses". Das Interesse der verschiedenen Völker oder der durch Grenzen auf verschiedene Staatsgebilde verteilten Völker, sich gegen eine kolonisierende Macht durchzusetzen, ist bei allen konkreten Unterschieden und zum Teil sogar militanten Auseinandersetzungen zwischen ihnen dasselbe. Hiermit verstärken sich wechselseitig die auf kleinere, überschaubare Territorien ausgerichteten Unabhängigkeitsbewegungen in den verschiedenen Teilen Zentralasiens.¹

Wie eine umgedrehte Kasserolle hängt das Autonome Gebiet Xinjiang der Uyghuren an einem langen, dünnen Stiel, der Provinz Gansu, mit dem inneren China zusammen. Gansu, überwiegend - zu 92% - von Han-Chinesen besiedelt, ist das einzig verlässliche geopolitische Bindeglied zum Inneren China. Das übrige Umland ist unsicher.

Die Bevölkerung der Provinz Gansu²

| | |
|-----------|------------------|
| Gesamt | 22,4 Mio. |
| Han | 20,5 Mio. = 92 % |
| Hui | 1,1 Mio. |
| Tibeter | 0,4 Mio. |
| Dongxiang | 0,3 Mio. |
| Mongolen | 71 T |
| Salaren | 77 T |

(T = Tausend)

Das Autonome Gebiet Tibet im Süden, nur eines der Siedlungsgebiete der Tibeter, demonstriert zäh seinen Unab-